



über die  
1. Sitzung des Rates  
am Donnerstag, dem 26.04.2007  
im in der Stadthalle

Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Gabriele Bartosch  
Herr Robert Biedermann  
Frau Christel Ciecior  
Frau Britta Dreher  
Herr Dieter Drescher  
Frau Marion Dyduch  
Herr Joachim Eckardt  
Herr Kaya Gercek  
Frau Astrid Gube  
Frau Petra Hartig  
Frau Renate Jung  
Herr Heiko Klanke  
Herr Michael Krause  
Herr Friedhelm Lipinski  
Herr Hartmut Madeja  
Frau Annette Mann  
Herr Jochen Müller  
Frau Ursula Müller  
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat  
Herr Günter Stahlhut  
Herr Manfred Wiedemann  
Frau Nicola Zühlke

CDU

Frau Ingrid Borowiak  
Herr Dirk Ebbinghaus  
Herr Ralf Eisenhardt  
Herr Reinhard Hasler  
Herr Wilhelm Kemna  
Herr Heinrich Kissing  
Frau Susanne Middendorf  
Herr Rüdiger Plümpe  
Frau Ina Scharrenbach

Herr Karl-Adolf Schneider  
Herr Franz Hugo Weber  
Herr Wilfried Weigel

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel  
Frau Alexandra Möller  
Frau Bettina Werning

FDP

Herr Detlef Knop  
Herr Christian Voss

BG (neu)

Herr Hans-Peter Kaminski  
Herr Dieter Kloß

fraktionslos

Herr Dr. Jörg Frey  
Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher

Herr Heinrich Baumann  
Herr Heinz Henning  
Herr Gustav-Adolf Kersten  
Frau Ursula Lungenhausen

Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl  
Herr Reiner Brüggemann  
Herr Hermann Hupe  
Frau Sonja Landwehr  
Frau Ingelore Peppmeier  
Herr Ronald Sostmann  
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten

Frau Rosemarie Gerdes

Herr Bürgermeister Hupe begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

Zum Anfang der Sitzung gratulierte Herr Hupe der Ratsfrau Borowiak zum Geburtstag und übergab einen Blumenstrauß.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Umbesetzung von Ausschüssen	027/2007
2	Jahresabschluss 2006	
3	Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen an der ehw-Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG und an der ehw-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH	031/2007
4	Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den Schulkonferenzen der Kamener Schulen	006/2007
5	Entwicklung der Schülerzahlen im Grundschulbereich	008/2007
6	Bildung von Grundschulverbänden a) Grundschulverbund der Gemeinschaftsgrundschule Brüder-Grimm-Schule mit der Gemeinschaftsgrundschule Schule In der Mark b) Grundschulverbund der Gemeinschaftsgrundschule Südschule mit der Kath. Grundschule Josefschule	012/2007
7	Festlegung der Zügigkeit der Kamener Grundschulen	011/2007
8	Mittagessen an Kamener Schulen A. Sachstandsbericht B. Gründung eines Mensaverеines für die Essensverpflegung an Kamener Schulen	010/2007
9	Referentenentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung NRW	018/2007
10	Entlastung des Aufsichtsrates und der Liquidatoren der Projektgesellschaft Königsborn mbH für das Geschäftsjahr 2006	028/2007
11	Jahresabschluss einschließlich der Liquidationsschlussbilanz Projektgesellschaft Königsborn mbH i.L. zum 31.12.2006	029/2007
12	Veräußerung städtischer Bauplätze an Familien mit Kindern hier: Antrag der CDU-Fraktion	
13	Erwerb von CO <sup>2</sup> -Zertifikaten hier: Antrag der FDP-Fraktion	
14	Einwohnerfragestunde	
15	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Anzeige von Nebentätigkeiten gem. § 18 KorruptionsbG	026/2007
2	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
3	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.  
027/2007

Umbesetzung von Ausschüssen

### Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzungen:

Jugendhilfeausschuss  
stimmberechtigtes Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII

ordentliches Mitglied

bisher: Jan Reinholz

neu: Detlef Maidorn

stellv. Mitglied

bisher: Detlef Maidorn

neu: Norbert Drüke

Schul- und Sportausschuss

stellv. sachkundiger Bürger

bisher: Jan Reinholz

neu: Henning Tillmann

Betriebsausschuss

stellv. sachkundiger Bürger

bisher: Matthias Pühse

neu: Dominik Kuncz

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Jahresabschluss 2006

Zum Jahresabschluss 2006 nahm Herr **BaudrexI** ausführlich Stellung. Er verwies auf die verteilten Berichte zum Jahresabschluss 2006.

Grundsätzlich ließe sich feststellen, dass sich zum Jahr 2005 keine wesentlichen Abweichungen bei den Bilanzkennzahlen ergeben haben. In seinen Ausführungen ging Herr Baudrexl auf das Ergebnis, der sog. Istzahlen, ein und verglich sie mit den Planzahlen. Einen Überblick gab er zu folgenden Positionen:

	<u>Istzahl</u>	<u>Planzahlen</u>
<u>Ergebnisrechnung</u>		
<b>ordentliche Aufwendungen</b>	<b>91,8 Mio. €</b>	<b>90,4 Mio. €</b>
➤ Mehraufwendungen von fast 1,5 Mio. €		
<b>Kreisumlage</b>	<b>18,5 Mio. €</b>	<b>16,9 Mio. €</b>
➤ Mehrbelastung von 1,6 Mio. €		
<b>Erträge</b>	<b>83,6 Mio. €</b>	<b>81,4 Mio. €</b>
➤ Mehreinnahmen von 2,2 Mio. €		
- Gewerbesteuer	<b>12,1 Mio. €</b>	<b>11,8 Mio. €</b>
➤ Verbesserung um 0,267 Mio. €		
- Einkommensteuer	<b>12,4 Mio. €</b>	<b>11,9 Mio. €</b>
➤ Verbesserung um 0,5 Mio. €		
- Schlüsselzuweisungen	<b>14,0 Mio. €</b>	<b>13,1 Mio. €</b>
➤ Verbesserung um 0,9 Mio. €		
<b>Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit</b>	<b>8,268 Mio. €</b>	<b>8,962 Mio. €</b>
➤ fällt um fast 700.000 € günstiger aus als geplant		
<b>Finanzergebnis</b>	<b>2,065 Mio. €</b>	<b>2,326 Mio. €</b>
➤ Reduzierung um 261.000 €		
<b>Jahresergebnis</b>	<b>10,2 Mio. €</b>	<b>11,3 Mio. €</b>
➤ Verbesserung um 1 Mio. €		
<u>Finanzrechnung</u>		
<b>Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>6,0 Mio. €</b>	<b>10,5 Mio. €</b>
➤ erheblich niedriger als geplant		
<b>Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>5,4 Mio. €</b>	<b>5,9 Mio. €</b>
<b>Finanzmittelfehlbetrag</b>	<b>11,4 Mio. €</b>	<b>16,4 Mio. €</b>
➤ deutlich niedriger als geplant		
<b>Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>	<b>10,6 Mio. €</b>	<b>12,8 Mio. €</b>
➤ dem gegenüber stehen Abschreibungen in einer Größenordnung von 11,1 Mio. €		

Die geleisteten Investitionen seien durch langfristige Kredite in Höhe von 6 Mio. Euro finanziert. Im Hinblick auf die kommenden Haushaltsjahre sei mit wesentlich weniger Investitionen zu rechnen. Daher seien die Kreditauf-

nahmen in 2006 noch als vertretbar und relativ moderat zu bewerten. Problematischer sei jedoch die Situation der Kassenkredite, die in 2006 einen Gesamtbetrag von 8 Mio. Euro ausmache. Die Darlehenssituation stelle sich im Moment wie folgt dar:

- langfristige Darlehen: 43,0 Mio. Euro
- Kassenkredite: 21,4 Mio. Euro

Durch den Verzicht und Zurückstellen von Investitionen werde es langfristig zu einer Verringerung der Kommunaldarlehen kommen. Auf keinen Fall dürfe man das langsam ansteigende Zinsniveau außer acht lassen. Zinsen von zur Zeit durchschnittlich 4 % belasteten den Finanzhaushalt schon jetzt nachhaltig.

Abschießend fasste Herr Baudrexl zusammen, dass sich trotz der hohen Kreisumlage das Ergebnis insgesamt verbessert habe. Dennoch gelänge es nicht, die Haushaltssituation trotz Hochkonjunktur und steigender Steuereinnahmen nachhaltig zu verbessern. Das Fehlbetragsresultat von 10,2 Mio. Euro führe dazu, dass die Ausgleichsrücklage nun verbraucht sei und die restlichen 4,6 Mio. Euro, die liquiditätsmäßig über Kassenkredite finanziert seien, durch die Reduzierung der allgemeinen Rücklage kompensiert werden müssten.

Herr **Hupe** erläuterte ergänzend, dass sich die Rechnungsprüfung nun intensiv mit der Jahresrechnung 2006 beschäftigen werde. Dem Rat werde anschließend der Jahresabschluss zur Feststellung vorgelegt.

Frau **Scharrenbach** führte auf, dass durch Erlass des Innenministers die Kreise als grundsätzlich haushaltssicherungskonzeptfähig gelten. Sie bat um Mitteilung, ob dies innerhalb des Kreises bereits thematisiert wurde.

Herr **Baudrexl** schilderte, dass der Erlass für die Kreiskämmerer nichts Neues sei, da der Kreis bereits ein Haushaltssicherungskonzept vorgelegt habe. Das Argument, ein Kreis könne keinen defizitären Haushalt einbringen, um sich somit der Kreisumlage zu bedienen, greife nicht mehr. Der Erlass stütze insoweit die Haltung der Kommunen.

Zu TOP 3.  
031/2007

Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen an der ehw-Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG und an der ehw-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH

Herr **Baudrexl** führte aus, dass bei mittelbaren Beteiligungen auf einen Ratsbeschluss in zurückliegender Zeit verzichtet wurde. Grundsätzlich sehe die Gemeindeordnung einen Beschluss vor. Übereinstimmung habe es jedoch bei den Städten Kamen, Bergkamen und Bönen, der zuständigen Bezirksregierung und der Kommunalaufsicht Kreis Unna gegeben, dass mit der Gesellschafterversammlung der GSW ein Gremium geschaffen wurde, das über solche Beteiligungen entscheiden dürfe. Aufgrund der vielen Projektbeteiligten liege hier die örtliche Zuständigkeit bei der Bezirksregierung Münster. Er verdeutlichte, dass durch das bislang praktizierte Verfahren das Gesamtprojekt nicht gefährdet werden solle. Insofern werde sich der Rechtsauffassung der Bezirksregierung angeschlossen, die einen Ratsbeschluss verlangt.

Herr **Kühnapfel** machte in seiner Stellungnahme klar, dass er aus ökologischen Gründen einer Beteiligung der GSW an Kohlekraftwerken nicht

vertreten könne. Dies stelle einen absoluten Angriff auf den Klimaschutz dar. Darüber hinaus würden Investitionen in einem solchen Energiebereich gebunden, der weniger umweltfreundlich sei. Betriebswirtschaftlich sei die Beteiligung der GSW an einem Kohlekraftwerk ebenfalls sehr riskant, da in Zukunft mit steigenden Kosten für die CO<sup>2</sup>-Reduzierung zu rechnen sei. Daher solle die GSW sich bei ihren Beteiligungen auf Anlagen beschränken, die auf fortschrittliche, erneuerbare Energien setzten.

Herr **Wiedemann** nahm für die SPD-Fraktion Stellung und erklärte, dass durch die Beteiligung der GSW an dem Kohlekraftwerk Herne V der Strombezug sicher gestellt werde. Grundsätzlich befürworte er einen Energiemix, jedoch würde durch diese Beteiligung der Mehrbedarf gedeckt. Daher stimme seine Fraktion für den Beschluss.

Herr **Grosch** befürwortete einerseits die Unabhängigkeit der GSW in Sachen Stromerzeugung. Auf der anderen Seite sei der Bau eines Kohlekraftwerkes ökologisch jedoch nicht zu vertreten. Eine Studie des Umweltbundesamtes zeige, dass auch in Zukunft Kohlekraftwerke hohe CO<sup>2</sup>-Emissionen ausstoßen würden und die von der Bundesregierung angestrebten Klimaziele nicht mehr erreicht würden. Er wies auf die regionale Belastung durch den Bau des Kraftwerkes und die Unvereinbarkeit mit den Klimazielen der EU hin.

Herr **Baudrexl** entgegnete, dass der energiepolitische Aspekt nicht außer acht gelassen werden dürfe. Er wies auf die Abhängigkeit vieler kommunaler Stadtwerke hin. Die GSW dürfte nicht ausschließlich an die Preise der großen Stromerzeuger gebunden sein. Durch einen Mix an Bezugsmöglichkeiten werde die GSW unabhängiger in ihrer eigenen Preisbildung.

Herr **Kaminski** gab zu bedenken, dass auch Gaskraftwerke ökologisch nicht vorteilhafter seien, da bei der Förderung von Gas der Schadstoffanteil sehr hoch sei. Er verdeutlichte, dass moderne Kohlekraftwerke weniger Emissionen verursachen und somit effizienter sind. Seiner Meinung nach würde es nicht viele Alternativen zur Kohleverbrennung geben. Daher befürworte er die Beteiligung der GSW an einem Kohlekraftwerk.

Herr **Knop** unterstrich, dass das öffentliche Interesse darin bestehe, Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten zu bekommen. Ein Energiemix sei ratsam, da auf Kohlekraftwerke in Zukunft nicht verzichtet werden könne. Die Entscheidung einer Beteiligung der GSW an einem Kohlekraftwerk würde von ihm mitgetragen.

Herr **Kühnapfel** hielt es für den falschen Weg, nur auf ein Kohlekraftwerk zu setzen. Vielmehr sei es sinnvoll, auch in Techniken wie der erneuerbaren Energie zu investieren, die hohe Wirkungsgrade aufweisen.

Herr **Kissing** zeigte auf, dass es bei der GSW darum ginge, im Rahmen der üblichen Marktmöglichkeiten den Energiebezug zu sichern und zu günstigen Konditionen einzukaufen. Ein anderer Gesichtspunkt sei das nationale Energiekonzept. Die bereits bestehenden Kohlekraftwerke hätten andere Wirkungsgrade und höheren Schadstoffausstoß. Jedes neu erbaute Kohlekraftwerk verbessere jedoch die Ökobilanz. Auch habe man im regenerativen Bereich nur in einer bestimmten Größenordnung eine geringe Chance am Markt. Daher sei man gezwungen, auch weiterhin fossile Energieträger einzusetzen.

Herr **Grosch** wiederholte erneut seine Meinung, einen sinnvollen Energiemix im Hinblick einer Emissionsreduzierung zu fördern, um einer drohenden Klimakatastrophe entgegen zu treten.

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Kamen stimmt einer Beteiligung der GSW GmbH an der ehw-Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG zu.

Die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen – Bönen – Bergkamen beteiligt sich in Höhe von 600.00,00 €, entspricht 16,67 %, an der ehw-Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG mit einem Kommanditkapital von 3,6 Mio. €

Der Gesellschaftsvertrag im Entwurf wurde vorgelegt.

2. Der Rat der Stadt Kamen stimmt einer Übernahme von Anteilen der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen – Bönen – Bergkamen an der ehw-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH zu.

Die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen – Bönen – Bergkamen beteiligt sich in Höhe von 4.200 €, entspricht 16,67 %, an der ehw-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH mit einem Stammkapital von 25.200,00 € als Komplementärin der KG.

Der Gesellschaftsvertrag im Entwurf wurde vorgelegt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 4 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 4.  
006/2007

Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den Schulkonferenzen der Kamener Schulen

**Beschluss:**

Für die Teilnahme an den Schulkonferenzen der Kamener Schulen gem. § 61 Abs. 2 Schulgesetz NRW werden benannt:

stimmberechtigtes Mitglied

der für Schulträgeraufgaben zuständige Beigeordnete/Dezernent oder ein vom Bürgermeister benannter Vertreter der Verwaltung

beratende Mitglieder

die / der Vorsitzende des Schul- und Sportausschusses und die / der stellv. Vorsitzende des Schul- und Sportausschusses

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 5.  
008/2007

Entwicklung der Schülerzahlen im Grundschulbereich  
zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6.  
012/2007

Bildung von Grundschulverbänden  
a) Grundschulverbund der Gemeinschaftsgrundschule Brüder-Grimm-Schule mit der Gemeinschaftsgrundschule Schule In der Mark  
b) Grundschulverbund der Gemeinschaftsgrundschule Südschule mit der Kath. Grundschule Josefschule

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Kamen beschließt gem. § 81 Abs. 2 in Verbindung mit § 82 Abs. 3 Satz 2 Schulgesetz (SchulG) NRW die Bildung nachstehender Grundschulverbände zum 01.08.2007:
  - a) Grundschulverbund der Gemeinschaftsgrundschule Brüder-Grimm-Schule mit der Gemeinschaftsgrundschule Schule In der Mark
  - b) Grundschulverbund der Gemeinschaftsgrundschule Südschule mit der Kath. Grundschule Josefschule

Die Brüder-Grimm-Schule und die Südschule verändern sich in sogenannte Stammschulen. Die Schule In der Mark und die Josefschule werden zum Teilstandort des jeweiligen Grundschulverbundes.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die gem. § 81 Abs. 3 SchulG erforderliche Genehmigung der Bezirksregierung Arnsberg einzuholen.
3. Die sofortige Vollziehung wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 7.  
011/2007

Festlegung der Zügigkeit der Kamener Grundschulen

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz:

1. Die maximale Zügigkeit der Kamener Grundschulen wird ab dem Schuljahr 2008/09 wie folgt festgelegt:

Glückaufschule	2-zügig
Friedrich-Ebert-Schule	3-zügig
Diesterwegschule	2-zügig

Eichendorffschule	2-zügig
Jahnschule	2-zügig
Schulverbund Kamen-Heeren-Werve (Stammschule 2-zügig/Teilstandort 1-zügig)	3-zügig
Schulverbund Kamen-Mitte (Stammschule 2-zügig/Teilstandort 1-zügig)	3-zügig

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, in begründeten Einzelfällen an der Friedrich-Ebert-Schule, Diesterwegschule und Jahnschule einen weiteren Zug zuzulassen.

Der Schul- und Sportausschuss ist zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 8.  
010/2007

Mittagessen an Kamener Schulen

A. Sachstandsbericht

B. Gründung eines Mensaverains für die Essensverpflegung an Kamener Schulen

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und ermächtigt die Verwaltung, einen Mensa-Verein zur Leistung und Lieferung von Mittagessen und zum Betrieb einer Kiosk-Ausgabe an Kamener Schulen auf der Grundlage der vorgelegten Satzung mit Wirkung zum 01.08.2007 zu gründen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 9.  
018/2007

Referentenentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung NRW

Bürgermeister **Hupe** stellte die wesentlichen Punkte des Referentenentwurfes zur Gemeindeordnung vor. Insbesondere verwies er auf die Paragraphen 1, 4, 26, 50, 107 und 111. Die Folien zur Darstellung der Änderungen sind als Anlage beigefügt.

Frau **Dyduch** bedankte sich für die zusammenfassende Darstellung. Zu der geplanten Gesetzesänderung merkte sie kritisch an, dass die Trennung der Wahl von Bürgermeister und Rat auch unter dem Aspekt der Kosten für die Steuerzahler betrachtet werden müsste. Des weiteren würde die Änderung des § 107 einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung darstellen. Kommunale Unternehmen seien verlässliche Partner für die Bürger. Die SPD-Fraktion fordere daher mehr unternehmerischen Handlungsspielraum für die kommunalen Betriebe.

Frau **Scharrenbach** stellte klar, dass die Gemeindeordnung in der hier vorliegenden Form noch nicht verabschiedet sei und daher sich Änderungen noch ergeben könnten. Des weiteren sei ihrer Meinung nach die Vorstellung des Referentenentwurfes im Rat nicht erforderlich gewesen. Sie setze voraus, dass die Fraktionen sich ständig mit Gesetzesänderungen

beschäftigten.

Eine politische Diskussion über die Inhalte des Referentenentwurfes sei nicht in seinem Sinn, so Herr **Kissing**. Zu den kritischen Anmerkungen von Frau Dydych entgegnete er, dass die bislang praktizierte weite Auslegung des § 107 auf das Wesentliche beschränkt worden sei.

In seinem Statement wies Herr **Knop** darauf hin, dass sich auch weiterhin kommunale Betriebe wirtschaftlich betätigen würden, insbesondere in den Bereichen, in denen private Anbieter nicht investieren würden. Mit einem Zitat aus der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 03.04.2007 untermauerte er diese Haltung. Mit einem weiteren Zeitungsbericht, in dem die GSW als teuerster Gasanbieter dargestellt werde, begründete Herr Knop, dass kommunale Anbieter nicht immer günstiger seien.

Herr **Baudrexl** entgegnete, dass in der Vergangenheit bereits häufiger die GSW mit Zahlen in der Presse dargestellt wurde, die nicht stimmten und jeweils widerlegt werden konnten. Ohne den Bericht zu kennen, gehe er davon aus, dass die Preisangabe im Zeitungsartikel nicht richtig sei.

Herr **Hupe** fügte hinzu, dass bei diesem Vergleich die Bonusregelung der GSW sicherlich nicht mit einbezogen sei.

Herr **Kloß** schloss sich den Ausführungen von Herrn Knop an. Er ergänzte, dass die Gefahr einer Insolvenz für öffentliche Unternehmen nicht bestehe.

Dem widersprach Herr **Hupe** mit dem Hinweis, dass auch kommunale Betriebe insolvent werden könnten.

Herr **Kissing** wies in Hinblick auf die Novellierung der Gemeindeordnung darauf hin, dass die Landesregierung in Kontakt mit dem Städte- und Gemeindebund und weiteren Verbänden stehe und sich auch kontroversen Diskussionen stelle. Des weiteren habe jede Fraktion des Rates die Möglichkeit, über ihre Fachverbände eine Stellungnahme zu der geplanten Änderung abzugeben. Insofern sei eine weitere Aussprache zu diesem Thema nicht mehr erforderlich.

Herr **Knop** schloss sich der Bitte von Herr Kissing an, die Diskussion über die Novellierung der Gemeindeordnung zu beenden.

Abschließend bemerkte Herr **Hupe**, dass es seiner Meinung nach legitim sei, wenn Informationen über die Änderung der Gemeindeordnung im Rat, dem zentralen Beschlussorgan der Gemeinde, gegeben würden.

Zu TOP 10.  
028/2007

Entlastung des Aufsichtsrates und der Liquidatoren der Projektgesellschaft Königsborn mbH für das Geschäftsjahr 2006

### **Beschluss:**

Der Vertreter des Rates der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

Dem Aufsichtsrat und den Liquidatoren der Projektgesellschaft Königsborn mbH wird gem. § 7 Abs. 5 a des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 11.  
029/2007

Jahresabschluss einschließlich der Liquidationsschlussbilanz  
Projektgesellschaft Königsborn mbH i.L. zum 31.12.2006

**Beschluss:**

Der Vertreter der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss einschließlich der Liquidationsschlussbilanz der Projektgesellschaft Königsborn mbH i.L. zum 31.12.2006 wird in der vorgelegten Form festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.344,40 € wird seitens der Gesellschafter ausgeglichen, der Anteil der Stadt Kamen beträgt 430,21 € (32 %).
3. Das nach Erfüllen aller Verpflichtungen verbleibende Vermögen wird an die Gesellschafter ausgekehrt.
4. Die Liquidatoren sollen die Löschung der Gesellschaft im Handelsregister veranlassen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 12.

Veräußerung städtischer Bauplätze an Familien mit Kindern  
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Zu dem Antrag der CDU-Fraktion erläuterte Herr **Kissing**, dass durch das Angebot von städtischen Bauplätzen an Familien mit Kindern eine Maßnahme zur Stärkung der Familienfreundlichkeit geschaffen werden sollte.

Frau **Dyduch** erklärte, dass im Rahmen der Grundstücksvergabe bereits Familien mit Kindern bevorzugt behandelt würden. Des weiteren solle die Förderung sich nicht nur auf einen Bereich beziehen, sondern für alle Familien zugänglich sein. Die SPD-Fraktion sehe daher in der Familienpolitik mehr Effizienz durch Förderung der Bereiche Betreuung, Bildung, Sport, Gesundheit und Wohnen im allgemeinen.

Herr **Kühnapfel** schloss sich der Argumentation von Frau Dyduch an und ergänzte, dass unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung eine Förderung des Wohnungsneubaus nicht begrüßenswert sei. Vielmehr solle in den vorhandenen Wohnungsbestand investiert werden.

Herr **Kaminski** teilte mit, dass er an sich den Antrag der CDU-Fraktion unterstütze, jedoch sehe er bei der Veräußerung von Grundstücken an

Familien mit Kindern eine soziale Ungerechtigkeit. Seiner Meinung nach seien andere Gesichtspunkte bei jungen Familien für die Wahl ihres Wohnortes ausschlaggebend.

Unter dem Aspekt der Förderung von Familien- und Baupolitik wies Herr **Grosch** darauf hin, dass auch weitere Bereiche wie das generationsbezogene Wohnen förderungswürdig seien. Darüber hinaus teile er die Auffassung seiner Vorredner, was die Argumentation gegen den Antrag der CDU-Fraktion angehe.

Herr **Hasler** erklärte abschließend, mit dem Antrag sei nur ein einzelner Aspekt der Familienpolitik aufgegriffen worden. Durch die Wortmeldungen sei deutlich geworden, dass mit der städtischen Subventionierung von Familien mit Kindern, die beabsichtigen zu bauen, nicht zu rechnen sei.

**Abstimmungsergebnis:** mit Mehrheit abgelehnt

Zu TOP 13.

Erwerb von CO<sup>2</sup>-Zertifikaten  
hier: Antrag der FDP-Fraktion

Herr **Knop** begründete den Antrag der FDP-Fraktion, indem er auf die Vorbildfunktion der Politiker verwies. Mit dem Erwerb von CO<sup>2</sup>-Zertifikaten solle zum Klimaschutz beigetragen werden. Jeder Politiker solle freiwillig in einen Fonds zahlen, um somit ein Zeichen zu setzen.

Herr **Baudrexl** verwies auf den Verstoß gegen das geltende Recht, wenn u.a. seitens der Mandatsträger die Nutzung eines Fahrrades angegeben worden sei, die Fahrtkosten jedoch für einen PKW abgerechnet würden.

Für die SPD-Fraktion nahm Frau **Dyduch** Stellung. Sie wies darauf hin, dass jedes Ratsmitglied für sich individuell Wege finden solle, um zum Klimaschutz beizutragen. Insofern würde der Antrag nicht mitgetragen.

Herr **Kühnapfel** hielt es für ungeeignet, durch den Erwerb von CO<sup>2</sup>-Zertifikaten einen sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Vielmehr solle jedes Ratsmitglied mit dem Fahrrad zur Sitzung kommen.

Herr **Grosch** teilte die Meinung seiner Vorredner und hielt es für empfehlenswert, dass jedes Ratsmitglied aus Gründen des Klimaschutzes mit dem Fahrrad zu den Sitzungen komme. Ansonsten könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Herr **Kissing** verdeutlichte abschließend die Schwierigkeit, CO<sup>2</sup>-Zertifikate zu erwerben, da der Handel einige formale Voraussetzungen fordere.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 14.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohneranfragen gestellt.

Zu TOP 15.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

**Mitteilungen:**

Gegendemonstration zum Aufmarsch der Rechten

Herr **Hupe** gab Informationen zu der geplanten Gegendemonstration, die am 28.04.2007 ab 11.30 Uhr an der Maibrücke beginne. Er wies darauf hin, dass auch die katholische und die evangelische Kirche ein Zeichen gegen die rechte Gesinnung setzen werde. Dazu solle es um 12.00 Uhr ein Friedensgebet gegen Rechtsextremismus in der katholischen Kirche Heilige Familie geben.

**Anfragen:**

Osterfeuer

Herr **Schneider** bezog sich auf seine Bitte, die er im Planungs- und Umweltausschuss am 15.03.2007 an die Verwaltung heran getragen habe, keine Osterfeuer in der Nordstadt zuzulassen. Er habe registriert, dass die Verwaltung vor Ostern vor Ort gewesen sei und die Osterfeuer überprüft habe. Jedoch habe er nicht damit gerechnet, dass der Fachbereich Recht und Ordnung an 3 Tagen die Erlaubnis erteilt habe, Osterfeuer anzuzünden. Er führte weiter aus, dass Anwohner bemerkt hätten, wie auswärtige Besucher ihren Sperrmüll mitgebracht und verbrannt hätten. Herr Schneider bat um Mitteilung, ob seitens der Verwaltung nach erfolgter Genehmigung keine weitere Verantwortung für die Osterfeuer übernommen werde. Darüber hinaus verwies er auf die Vereinbarungen, die hinsichtlich des Nordstadtforums getroffen wurden, dass bei vorliegenden Verstößen die Stadt einschreite. Er erkundigte sich, ob sich die Verwaltung an die getroffenen Regelungen des Nordstadtforums noch gebunden fühle.

Zu der ersten Frage nahm Herr **Brüggemann** Stellung. Er erläuterte, dass mit jedem Osterfeuer Auflagen verbunden seien, die somit auch in der Nordstadt gelten. In einem einzelnen Stadtteil die Genehmigung zu versagen, sei unter dem Aspekt der Gleichbehandlung rechtlich nicht haltbar. Der Verantwortung hinsichtlich der Osterfeuer habe man sich gestellt, indem der zentrale Aussendienst eine Prüfung der angemeldeten Feuer vorgenommen habe. Die Mitarbeiter hätten zum ordnungsgemäßen Umgang mit den Verbrennungsmaterialien im Vorfeld Informationszettel an die Haushalte verteilt. Insgesamt seien in der Nordstadt 8 Osterfeuer genehmigt worden. Soweit er berichten könne, habe es Beschwerden aus diesem Bereich nicht gegeben. Die Anzahl der genehmigten Osterfeuer sei vertretbar, da ca. 300 Osterfeuer im gesamten Stadtgebiet zu verzeichnen gewesen seien. Herr Brüggemann gab den Hinweis, dass geprüft werde, die Genehmigungsanzahl der Osterfeuer insgesamt deutlich zu reduzieren. Das sei bereits vor den diesjährigen Ostertagen publiziert worden. Es sei im Grund-

satz beabsichtigt, nur noch Brauchtumsfeuer zur Förderung der Gemeinschaft zuzulassen. Eine entsprechende Regelung solle noch in diesem Jahr festgelegt werden. Des weiteren wies er darauf hin, dass der Polizei und Feuerwehr die angemeldeten Osterfeuer bekannt gewesen seien, um gegebenenfalls einzuschreiten und um Stichprobenkontrollen vorzunehmen.

Herr **Hupe** ging auf die zweite Anfrage des Herrn Schneider ein. Er verdeutlichte, dass das Nordstadtforum nicht nur zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten geschaffen wurde, sondern um einen Austausch unter den Nachbarn zu erreichen, in dem Probleme besprochen werden und um Lösungen zu finden. Die Kritik an dem Nordstadtforum wies er zurück, da der nachbarschaftliche Konsens im Wohnumfeld deutlich besser geworden sei.

Frau **Scharrenbach** schloss sich den Ausführungen von Herrn Schneider an und ergänzte, dass mittlerweile viele Anwohner die Meinung vertreten, bei Beschwerden nicht genügend Gehör zu finden. Sie fragte an, ob der Verwaltung die Zahl der nicht genehmigten Osterfeuer aus diesem Bereich bekannt sei und welche Maßnahmen die Verwaltung bei Verbrennung von Müll ergreife.

Herr **Brüggemann** unterstrich das Engagement der Mitarbeiter. Die Verwaltung habe im Vorfeld sorgfältig und präventiv gehandelt, um einen Missbrauch der Osterfeuer zu vermeiden.

#### Beseitigung von Straßenschäden Werver Platz

Herr **Eisenhardt** erkundigte sich nach dem Sachstand der Straßenschädenbeseitigung in der Straße Werver Platz, die im Zusammenhang mit dem Umbau der Werver Mark entstanden seien. Es sei zugesagt worden, dass die bauausführende Firma im März mit den Ausbesserungen beginnen solle.

Herr **Baudrexl** sagte Herrn Eisenhardt eine Sachstandsmitteilung zu.

*Anmerkung zum Protokoll: Eine der bauausführenden Firmen ist in Verzug gesetzt worden, die Schäden bis zum Ende der 21. Kalenderwoche zu beseitigen. Danach erfolgt durch eine weitere Firma die Ausbesserung der Fahrbahn des letzten Teilstückes bis zur Werver Mark.*

#### Seseke-Renaturierung

Herr **Kissing** nahm Bezug auf die Umgestaltung der Seseke. Er habe erfahren, dass die Bezirksregierung Münster einem Förderantrag bislang nicht zugestimmt habe. Der Lippeverband sei momentan nicht in der Lage, die Planungen fortzuführen. Herr Kissing bat um Sachstandsmitteilung. Er kritisierte das Ausbleiben von Informationen an die Fraktionen.

Herr **Hupe** bestätigte, dass zwischen dem Lippeverband und dem zuständigen Ministerium Gespräche geführt würden, um förderungstechnische Aspekte abzuklären. Da der Verwaltung keine schriftliche Mitteilung über

den Verfahrensstand zugegangen sei und die Stadt Kamen nicht Beteiligte der Antragsverfahren sei, habe er keine Informationspflicht gesehen.

Der Argumentation von Herrn Hupe konnte sich Herr **Kissing** nicht anschließen. Er wies auf die Bedeutsamkeit dieses Bauprojektes für die Stadt hin. Des weiteren fragte er an, ob es richtig sei, dass der Lippeverband, die Bürgermeister der betroffenen Städte sowie der Landrat mit Vertretern des Landesumweltministeriums einen Gesprächstermin planen.

Dem stimmte Herr **Hupe** zu.

Herr **Baudrexl** erinnerte in diesem Zusammenhang an die Anregung der SPD-Fraktion Vertreter des Lippeverbandes zu einer gemeinsamen Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses sowie des Betriebsausschusses einzuladen, um über den Sachstand berichten zu können. Es konnte bislang aber noch kein passender Termin gefunden werden.

gez. Hupe  
Vorsitzender

gez. Tost  
Schriftführer

### Anlagen

Reform Gemeindeordnung NRW 2007

Fahrradabstellanlage Schulzentrum